Beschlussvorlage für den Ortsbeirat Schönfeld

Beschluss Nr.: BW/636/2023

öffentlich

Einreicher: Bürgermeister

Federführung: Sachgebiet Bauwesen, **Verfasser:** Herr Günther

Behandelt im:

Ortsbeirat Schönfeld

03.08.2023

Ortsbeirat Schönfeld

21.08.2023

Betreff: Billigung des Vorentwurfs B-Plan „PV-Anlage Schönfeld Süd-West“

Beschluss:

Der Ortsbeirat Schönfeld beschließt folgende Stellungnahme:

1. Den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik Anlage Schönfeld Süd-West“ mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan einschließlich Begründung sowie den Vorentwurf der 18. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Werneuchen und Begründung.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 2 BauGB für den Bebauungsplan „Photovoltaik Anlage Schönfeld Süd-West“ und der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen, sowie über die Offenlage zu informieren und den Termin ortsüblich bekannt zu geben.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung Werneuchen hat in ihrer Sitzung am 30.03.2023 die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik Anlage Schönfeld Süd-West“ und die 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Werneuchen im Parallelverfahren beschlossen (Beschluss-Nr. Bv/599/2023).

Geplant ist die Errichtung einer Agrar-Photovoltaik-Freiflächenanlage auf intensiv genutzten, landwirtschaftlichen Flächen südwestlich der Ortslage Schönfeld. Der Geltungsbereich des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplans umfasst eine Fläche von 41,52 ha. Die Gewinnung von Strom aus solarer Energie erfolgt gleichzeitig mit der landwirtschaftlichen Nutzung.

Um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau und den Betrieb der Agrar-Photovoltaik-Freiflächenanlage zu schaffen, soll das Gebiet als sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Agrar-Photovoltaik“ festgesetzt werden. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren geändert.

Innerhalb des Sondergebietes erfolgt die Errichtung der PV-Anlagen und der erforderlichen technischen Anlagen. Entlang der Grenzen des Sondergebietes erfolgt eine umlaufende Einfriedung. An der nördlichen Grenze des Plangebiets ist zwischen der Einzäunung der Photovoltaikanlage und der Landstraße L236 eine Gehölzpflanzung zur Prävention von Wildwechsel und damit verbundenen Wildunfällen vorgesehen.

Der gewählte Standort bietet wegen dem Fehlen entgegenstehender raumbedeutsamer Planungen günstige Bedingungen für die Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie. Unter diesen Prämissen ergibt sich das städtebauliche Erfordernis aus dem konkreten